

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Stärkung der Regionalpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1985) : Stärkung der Regionalpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 3, pp. 106-107

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136014>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Stärkung der Regionalpolitik

Ein Hauptanliegen der Bundesregierung ist der Abbau von Subventionen. Der jetzt auf der Exekutive lastende Erwartungsdruck bringt eine schon früher propagierte Strategie in die Diskussion zurück, nämlich die Möglichkeit einer pauschalen Kürzung der gewährten Hilfen. Würde dadurch auch die politische Durchsetzung erleichtert, so wären ein solches Vorgehen der Exekutive und die Billigung durch das Parlament doch das Eingeständnis der Unfähigkeit oder der Schwäche, anhand politischer Prioritäten Entscheidungen auf den einzelnen Sachgebieten zu treffen, die von den Subventionen betroffen sind.

Hinsichtlich der Rolle der Subventionen in der Strukturpolitik werden in letzter Zeit insbesondere die Maßnahmen zur Regionalpolitik diskutiert. Während in Zeiten hoher gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten eine Verminderung des Einkommensgefälles zwischen den Regionen der Bundesrepublik zu beobachten war, nimmt seit Mitte der siebziger Jahre die Disparität wieder zu. Der Regionalpolitik ist es nicht gelungen, diese Entwicklung zu verhindern. Es scheint auch müßig zu sein, auf langfristig höhere Wachstumsraten zu warten, die dann auch die regionalen Probleme lösen würden. Stärkere Aufschwungtendenzen sind nur zu erwarten, wenn der Strukturwandel nicht gehemmt wird. So ist auch im Bereich der Regionalpolitik zu fragen, ob hier Hindernisse für einen schnellen Strukturwandel aufgebaut wurden.

Nun gibt es eine Vielzahl von Determinanten der regional unterschiedlichen Entwicklung, angefangen von historischen Komponenten über die Effizienz der vorhandenen Wirtschaftsbereiche bis hin zu Fragen des politischen Klimas. Auch die Instrumente der öffentlichen Regionalpolitik sind vielfältig; die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist eine solche Maßnahme, die versucht, durch Investitionsanreize in schwächeren Regionen dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Es zeigt sich jedoch, daß der Anteil der in den Fördergebieten getätigten gewerblichen Investitionen an den gewerblichen Investitionen im Bundesgebiet leicht abgenommen hat. Innerhalb der Fördergebiete hat sich darüber hinaus der Anteil der industriellen Investitionen in überdurchschnittlich wachsenden Wirtschaftsbereichen an den in diesen Regionen insgesamt getätigten Investitionen vermindert. Beides stärkt die Vermutung, daß die Regionalpolitik die Chancen zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in den zu entwickelnden Gebieten nicht gesteigert hat. Aufgrund ihrer Konstruktion hat es die Gemeinschaftsaufgabe nicht verhindern können, daß die Förderung der unterdurchschnittlich wachsenden Branchen gerade in den strukturschwachen Räumen ein größeres Gewicht bekam.

So mehren sich die Stimmen, die eine Verbesserung dieses Instrumentes fordern. Solche Bemühungen haben jedoch gegen eine generelle Skepsis anzukämpfen, die sich auf ein einfaches Argument gründet: Die für diese Gemeinschaftsaufgabe verausgabten Mittel erreichen noch nicht einmal eine Höhe von 2 % der in der Bundesrepublik insgesamt gewährten

Subventionen. Wenn man die Schwerpunkte der jahrzehntelangen Subventionspolitik betrachtet – Landwirtschaft, Verkehr, Stahl, Schiffbau, Bergbau –, dann wird deutlich, daß von den außerhalb der Regionalförderung gewährten Subventionen stärkere regionale Effekte ausgehen als von der hier betrachteten Gemeinschaftsaufgabe. Auch die häufig geäußerte Meinung, daß regionale Investitionsentscheidungen sowieso nur marginal von Fördermaßnahmen beeinflußt werden und daß es sich hier in der Regel lediglich um Mitnahmeeffekte handelt, könnte zu der Auffassung führen, diese Gemeinschaftsaufgabe aufzugeben.

Sicherlich haben die Politiker und Verbände in den in Frage kommenden Regionen ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Gemeinschaftsaufgabe. Es gibt aber auch unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gute Gründe für eine Regionalpolitik, die darauf abstellt, die Wohlfahrtsunterschiede zwischen den Regionen eines Staates nicht zu groß werden zu lassen. Es sind auch weiterhin Möglichkeiten zu prüfen, Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten zu erhalten oder zu schaffen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehenden Finanzmittel weiterhin begrenzt bleiben. Unter bestimmten Bedingungen jedoch kann ihre Effizienz gegenüber der bisherigen Situation gesteigert werden. Zunächst sollte keine Ausweitung der Fördergebietskulisse zugelassen werden; außerdem sollten keine Aufweichungen der bisherigen sektoralen Beschränkungen (Export-Basis-Konzept) erfolgen. Eine Ausweitung würde dem Argument der Unmerklichkeit und damit der Ineffizienz dieser Maßnahme nur weiteren Raum geben. Angesichts der bisherigen Erfahrungen sollte vielmehr eine weitere Eingrenzung der zu fördernden Sektoren ins Auge gefaßt werden.

Dabei tritt selbstverständlich wie bei allen Subventionen das Selektionsproblem auf. Es ist nicht möglich, die Wachstumsbranchen von morgen zu identifizieren, und es macht große Schwierigkeiten, jene Produktionen zu ermitteln, die in Zukunft schrumpfen werden. Es ist aber sinnvoll und möglich, jene Produktionen von der Förderung auszuschließen, die schon über eine längere Zeit hinweg nicht mehr wettbewerbsfähig waren, die Überkapazitäten aufweisen und die Löhne und Gewinne nur mit Hilfe staatlicher Subventionen „erwirtschaften“ können. Diese Ausgrenzung sollte nicht nur unter regionalpolitischen, sondern auch unter allgemeinen strukturpolitischen Aspekten erfolgen. Durch eine solche negative Selektion würde man sich zumindest von der Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze weiter als bisher entfernen.

Neben der Diskussion über die sektorale Abgrenzung der Förderung wird auch weiterhin über die Höhe der materiellen Anreize und über die Frage nach dem Objekt der Förderung (Sachkapital, Humankapital) zu debattieren sein. Schließlich ist über eine der jeweiligen Situation angemessene Abgrenzung der Fördergebiete und über die notwendig erscheinende intraregionale Konzentration der Fördermittel nachzudenken. Doch nicht nur eine Konzentration der für die Regionalpolitik verfügbaren Mittel erscheint unumgänglich, sondern angesichts der Größenverhältnisse auch eine stärkere Koordination der Regionalpolitik mit den anderen raumwirksamen Maßnahmen. Nur derartige Anstrengungen könnten die Gemeinschaftsaufgabe vor einer Abschaffung bewahren.

Den Parlamenten muß klar werden, daß es nicht ausreicht, in diversen Gesetzen die Beachtung raumordnerischer Zusammenhänge vorzuschreiben, sondern daß es vielmehr wichtig ist, selbst darauf zu achten, daß vor der Bewilligung jeder Subvention öffentlich der Nachweis zu führen ist, daß eine Begünstigung der Geförderten im öffentlichen Interesse liegt und – was viel schwieriger ist – die Benachteiligung der Diskriminierten rechtfertigt. Im Rahmen der Subventionsdebatten wird immer wieder den nicht-sektorspezifischen Fördermaßnahmen der Vorrang gegenüber Sektorsubventionen gegeben. Es sollte aber deutlich sein, daß durch jede Subvention Diskriminierungen der Nichtgeförderten erfolgen und daß damit Verzerrungen im marktwirtschaftlichen Gefüge auftreten.

Auf diese Weise wäre den Parlamenten die Chance gegeben, eine echte Bewertungs- und Koordinierungsaufgabe zu leisten. Angesichts der Tatsache, daß die Subventionen insgesamt inzwischen etwa 5 % des Bruttosozialprodukts ausmachen, ist dies eine wahrhaft lohnende Aufgabe.